Inhalt

Thema Unters	eitung: Kein Ende der Geschichte a und Forschungsstand	11 11 21
Die sch	hwierige Suche nach Begriffen	26
1	Vorgeschichte: Konservatismus und Rechtsextremismus im Umbruch	34
1.1	Franz Handlos, die verpasste »Wende« und die Sehnsucht nach der »Vierten Partei«	38
1.1.1 1.1.2 1.1.3	Vom Journalisten zum Parteisoldaten der CSU	38 43 58
1.1.4	Der Austritt: Handlos, die »Tendenzwende« und der »Milliardenkredit«	67
1.2	Franz Schönhuber: Vom Journalisten zum rechten Politiker	89
1.2.1 1.2.2	Der Aufsteiger. Franz Schönhuber 1923-1972	89
1.2.3 1.2.4	Das Fernsehgesicht Bayerns	108 114
1.2.5	oder faschistischer Apologet? Für oder gegen Schönhuber? Polarisierung und Solidarisierung im Schatten der Entlassung 1982	122
1.2.6	Netzwerke: Alte und neue »Freunde in der Not«	155
1.3	Eine neue Partei formiert sich	178
1.3.1	Bataillone sammeln: Handlos und Schönhuber auf der Suche nach Verbündeten	178
1.3.2	Das Grundgerüst der Republikaner: Nationalismus und Antiliberalismus	187
2	Die Frühphase der Republikaner, 1983-1985	191
2.1	Die Populisten. Die Gründungsphase der »Republikaner«	191

INHALT

2.1.1	Parteigründung 1983	191
2.1.3	Reaktionen, Einordnungsversuche, Strategiedebatten	201
	Mitglieder und die Entdeckung der »Ausländerpolitik«	207
2.2	Wende nach rechts: Die Wahl Schönhubers	
	zum Parteivorsitzenden 1985	230
2.2.1	Konservativ oder rechts?	230
	und die Entstehung der »Schönhuber-Partei«	235
3	Aufstieg und Krise der Republikaner	
	unter bayerischen Vorzeichen, 1986-1988	242
3.1	Ein alarmierendes Wahlergebnis:	
	Die bayerische Landtagswahl 1986	242
3.1.1	Bayern und die »Republikaner«	242
3.1.2	Mit Bundespolitik in den Landtag? Asyl, Atomkraft, Agrarpolitik	247
3.1.3	Ergebnis und Folgen: Eine »demokratisch legitimierte Gruppierung von politischer Relevanz«?	257
3.2	Zwischen Resignation und Hoffnung:	
	Die Republikaner zwischen 1986 und 1989	268
3.2.1	Eine rechte Sammlungsbewegung? Das Bremerhavener Programm und die Zersplitterung der politischen Rechten	268
3.2.2	Auf tönernen Füßen. Schwache Landesverbände, Wahlniederlagen,	200
J.=.=	unzufriedene Funktionäre und mediale Skandale	286
3.2.3	»Strauß geht, Schönhuber kommt«. Franz Schönhuber nach dem Tod	
	des bayerischen Ministerpräsidenten	300
4	Der Höhepunkt einer Protestpartei: Wahlerfolge 1989	304
4.1	Erfolg aus dem Nichts. Der Einzug der Republikaner	•
	in das Abgeordnetenhaus von Berlin	304
4.1.1	West-Berlin unter Druck: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit	201
4.1.2	und die schwelende »Ausländerfrage«	306
4.1.2	29. Januar 1989: Wahlergebnisse, Wähler und Deutungsmuster	309

5.3 5.3.1 5.3.2	Wahlniederlagen in Bund und Ländern – Wahlerfolge in den Kommunen	415 415 420
	Wahlerfolge in den Kommunen	
5.3	-	
5.2.2	Deradikalisierungsversuche	391 407
5.2.1	»Intellektualisierung«? Professionalisierungs- und	
5.2	Wie weit nach rechts? Schönhuber gegen Neubauer	391
5.1	Keine Partei des Ostens. Die Republikaner in der DDR und den neuen Bundesländern	383
5	Die Republikaner im Schatten der Wiedervereinigung. Krisenjahre 1990/91	383
	Politische Reaktionen auf die Republikaner zwischen Partei- und Sozialpolitik	373
4.3.1 4.3.2	Die Konstruktion des Republikaner-Wählers	359
424	zwischen Wissenschaft und Politik	359
4.3	Modernisierungsverlierer? Die Republikaner	
4.2.3	Kooperation und Konkurrenz. Rechtsparteien im Europaparlament	349
4.2.2	Frühzeitiger Abschied von der alten Bundesrepublik: Wahlverhalten und Wähler der Republikaner	344
4.2.1	»Solange« wird Politik. Die Republikaner und die europäische Einigung	337
	Der Einzug ins Europaparlament	337
	»Ja zu Europa – nein zu dieser EG«.	
4.2		

INHALT

6.1	Die Anti-Asyl-Partei. Die Republikaner	
	im Bann der Radikalisierung, 1992/93	431
6.1.1	»Das Boot ist voll«. Die Republikaner, die Landtagswahl	
	von Baden-Württemberg und der Asylkompromiss	431
6.1.2	Wie wird man rechtsextrem?	
	Die Republikaner im Visier der Verfassungsschutzämter	451
6.1.3	»Kein Volk, kein Reich, kein Schönhuber!«	
	Gesellschaftliche Polarisierung und politischer Protest	469
6.1.4	Talkshow-Demokratie? Die Republikaner und das Fernsehen	482
6.2	Die Entmachtung Schönhubers	
	im »Superwahljahr« 1994	489
6.2.1	Erneuerung? Die Republikaner nach der Landtagswahl	
	von Baden-Württemberg	489
6.2.2	Am rechten Rand. Radikalisierung und	
	der Traum von der vereinten Rechten	498
6.2.3	Vom Kronprinzen zum Königsmörder:	
	Rolf Schlierer und das Ende der Ära Schönhuber	511
7	Epilog: Die Republikaner und die extreme Rechte	
	in der Berliner Republik	520
Ahki	ürzungsverzeichnis	534
/ LOICE	312d11g3vC12ClC111113) j 2
Abbi	ildungsverzeichnis	538
امین∩	llen- und Literaturverzeichnis	5.40
		540
Quellen		540
Litera	atur	551
Danl	k	597
Anha	ang	600
		000
Perso	onenregister	604
Ortsi	register	613

4 Der Höhepunkt einer Protestpartei: Wahlerfolge 1989

4.1 Erfolg aus dem Nichts. Der Einzug der Republikaner in das Abgeordnetenhaus von Berlin

1987 hatten die Republikaner noch große Hoffnungen in die am 29. Januar 1989 stattfindende Wahl zum Abgeordnetenhaus in West-Berlin gesetzt. Im April 1987, als die Republikaner damit begonnen hatten, einen Landesverband in West-Berlin aufzubauen, mutmaßte Ralf Georg Reuth in der FAZ, dass eine Partei rechts von der CDU - sei es nun die Bürgergemeinschaft, die Republikaner oder die DVU - Chancen auf einen Einzug in das Abgeordnetenhaus habe. Ursächlich hierfür war nach Reuth der Versuch der Berliner CDU unter Eberhard Diepgen, sich im Sinne einer »modernen Großstadtpartei« zu profilieren, sich also nach links zu öffnen, wodurch sie aber die konservative Wählerschaft verliere und »konturlos« werde.¹ Diese Analyse griffen sogleich die Republikaner auf, bestätigte sie doch eindringlich ihre Weltsicht: In ihrer Parteizeitung prophezeiten sie, dass es »[n]ur eine Frage der Zeit« sei, bis die Republikaner wegen der zu wenig konservativen Politik der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten seien.² Bei der Wahl 1989 war die Lage jedoch deutlich diffiziler, als man es sich eingestehen wollte, wie im folgenden Kapitel gezeigt werden wird.

Im März 1987 stand fest, dass Franz Schönhuber den Honorarprofessor für Sonder- und Heilpädagogik an der evangelischen Fachhochschule in West-Berlin, Klaus Weinschenk, damit betraut hatte, den dortigen Landesverband aufzubauen.³ Im Juli gab die Partei ihre Mitgliederzahl in West-Berlin mit 140 an.⁴ Einer der ersten prominenten Politiker, der zu den Republikanern wechselte, war Otto Wenzel, der wie Weinschenk zuvor Mitglied der SPD gewesen war und im Juni 1987 der Partei beitrat.⁵ Im September gründete sich schließlich der Landesverband West-Berlin; Weinschenk wurde zum

¹ FAZ v. 4.4.1987: »Wer kümmert sich um die ›eher konservativen‹ Wähler?« (Ralf Georg Reuth).

² Der Republikaner 5/1987: »Nur eine Frage der Zeit«.

³ Vgl. FAZ v. 14.3.1987: »Republikaner wollen in Berlin Landesverband gründen« (Ralf Georg Reuth).

⁴ SZ v. 18./19.7.1987: »Spärlicher Zulauf vom rechten Rand der CDU« (Marianne Heuwagen).

⁵ Vgl. Der Republikaner 7/1987: »Prominenter Zuwachs in Berlin« (Klaus Hansen).

Parteivorsitzenden gewählt. Stellvertretende Landesvorsitzende wurden Otto Wenzel und der Polizist Bernhard Andres.⁶

Ein Jahr später war die Euphorie verflogen; die herben Wahlniederlagen in Bremen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wirkten bis in den Landesverband West-Berlin hinein. Andres löste Weinschenk als Parteivorsitzenden ab, worauf dieser zusammen mit Otto Wenzel die Republikaner verließ. Innerhalb der Partei war zuvor Streit darüber ausgebrochen, ob man an der Wahl zum Abgeordnetenhaus 1989 teilnehmen sollte. Weinschenk und Wenzel sprachen sich dagegen aus, da sie ein Wahldebakel wie in Bremen und Schleswig-Holstein befürchteten. Auf der Landesversammlung im Juli 1988 wurden sie aber überstimmt, worauf sie zurücktraten. Zum neuen Parteivorsitzenden wurde im September Andres gewählt, der in die »Hauptstadt der Demonstranten« wieder »Ruhe und Ordnung« bringen wollte.⁷ Von den 16 nominierten Kandidaten der Landesliste der Republikaner waren fünf zuvor Mitglied der CDU gewesen, etwa der stellvertretende Landesvorsitzende Carsten Pagel.⁸ Der Bundesvorstand, der ebenfalls längere Zeit gezögert hatte, seine Zustimmung zur Teilnahme an der Wahl zu geben, stimmte schließlich am 3. September zu.9 Wie wenig die Bundespartei mittlerweile an der Wahl in West-Berlin interessiert war - und wie wenig Erfolgsaussichten sie sich offensichtlich zuschrieb –, zeigt die Parteizeitung, in der kaum über den West-Berliner Wahlkampf berichtet wurde. Dort dominierte die Europawahl, die im Juni 1989 stattfand und bei der man sich deutlich mehr Chancen ausmalte. Schönhuber gab daher Ende November 1988 die Losung aus, man wolle sich in Zukunft politisch auf Bayern konzentrieren – einen »Sprung über die Mainlinie« sah er als verfrüht an: »Der Durchbruch kann uns derzeit nur in Bayern gelingen.« Schwerpunkt seien nun die bayerische Landtags- und Kommunalwahl 1990 sowie die Europawahl. Berlin erwähnte er mit keinem Wort. 10 Dabei kamen bei der dortigen Wahl mehrere Faktoren zusammen, die einen günstigen Wahlausgang für die Republikaner wahrscheinlich machten, was Schönhuber vorerst verkannte.

- 6 Vgl. Der Republikaner 10/1987: »Landesverband Berlin gegründet«.
- 7 taz v. 25.7.1988: »Republikaner führungslos« (bim); Der Republikaner 10/1988: »Man kann wieder wählen!«.
- 8 Vgl. taz v. 22. 8. 1988: »Rechtsradikale kandidieren in Berlin« (Wolfgang Gast).
- 9 Vgl. Der Republikaner 11/1988: »Hetze in Berlin« (Johanna Grund).
- 10 FAZ v. 26.11.1988: »Republikaner konzentrieren sich auf Bayern« (Roswin Finkenzeller); Main-Post v. 5. 8.1988: »Im Bierzelt eine Attraktion«.

4.1.1 West-Berlin unter Druck: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und die schwelende »Ausländerfrage«

»Stell Ddr vor, es ist Wahlkampf und keiner merkt es.« So oder so ähnlich hätte die Überschrift eines Artikels im Vorfeld der Berliner Abgeordnetenhauswahl im Januar 1989 lauten können. Von allen Seiten wurde der Wahlkampf bis kurz vor der Wahl als relativ langweilig und harmlos beschrieben. Die West-Berliner CDU führte einen Personenwahlkampf mit ihrem Spitzenkandidaten, dem regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, der grandiose Sympathiewerte für sich verbuchen konnte.¹¹ Sie rechnete bis knapp vor der Wahl fest mit einem Sieg; Anfang Januar hatte eine infas-Umfrage der CDU 43 Prozent und der FDP neun Prozent der Stimmen prognostiziert, womit die Parteien zwar leicht verloren, die Koalition aber hätten fortsetzen können. Die Republikaner tauchten in der Umfrage lediglich zusammengerechnet mit den ȟbrigen Parteien« (insgesamt drei Prozent) auf. Die SPD hatte sich währenddessen mit ihrer Oppositionsrolle abgefunden. Sie ging mit ihrem Kandidaten Walter Momper davon aus, dass sich im Vergleich zum letzten Wahlergebnis wenig ändern werde, und vermied darum in den Monaten vor der Wahl eine zu starke inhaltliche Polarisierung.¹² Im September war es deshalb im Interesse aller Parteien, den Wahlkampf auf vier Wochen zu begrenzen, die Weihnachtszeit also auszusparen, auch um die Parteikassen zu schonen. Sie schlossen infolgedessen ein »Abkommen über einen fairen und kostengünstigen Wahlkampf«. Somit gab es kaum Plakate oder öffentliche Wahlveranstaltungen.¹³ Dabei beschäftigten die West-Berliner mehrere soziale Probleme, die weder CDU noch FDP oder SPD aufgriffen. Das führte dazu, dass die Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung leicht in Wut und Protest umschlagen konnte.

Als das drängendste Problem benannten 22,2 Prozent der Wähler die hohen Mieten und den angespannten Wohnungsmarkt – bei den Menschen, die den Republikanern ihre Zweitstimme geben wollten, war es sogar mit 27,5 Prozent das wichtigste Problem.¹⁴ In West-Berlin waren zwischen 1985 und 1988 die Mieten um 29,3 Prozent gestiegen, die Immobilienpreise um

¹¹ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 29. Januar 1989, Mannheim 1989, S. 37-39; Niedermayer, Wahlen, S. 62; Schmollinger, Wahl, S. 311 f.

¹² Vgl. Schmollinger, Wahl, S. 310.

¹³ infas-Report Wahlen. Berlin 1989: Wahl zum Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989. Analysen und Dokumente, Bonn-Bad Godesberg 1989, S. 2 f.

¹⁴ Vgl. FGW, Wahl in Berlin 1989, S. 41. Die Zahlen für die anderen Parteien lauteten: CDU 16,4 Prozent; SPD 25,1 Prozent; AL 23,1 Prozent; FDP 2,2 Prozent.

12,6 Prozent. Nur in Frankfurt am Main lag der Anstieg der Mietpreise mit 38,5 Prozent noch höher als im Westteil der geteilten Stadt.¹⁵ Dieser hatte im Großen und Ganzen drei Gründe. Erstens war etwa die Hälfte der 1,13 Millionen West-Berliner Wohnungen vor 1948 gebaut worden, Neubauten waren also vernachlässigt worden. 16 Das war lange Zeit nur ein geringes Problem, da die Einwohnerzahl der Stadt über einen langen Zeitraum hinweg relativ konstant blieb und von 1961 bis 1984 sogar stetig von 2,2 Millionen auf 1,85 Millionen Einwohner gesunken war. Bis 1987 stieg die Einwohnerzahl jedoch wieder rapide auf knapp über 2 Millionen Einwohner; Ende 1989 betrug der West-Berliner Bevölkerungsstand 2,13 Millionen Menschen.¹⁷ Zweitens wurde zu dieser Zeit der Immobilienmarkt in West-Berlin, der seit 1945 einer staatlichen Mietpreisbindung unterlag, schrittweise liberalisiert. Bei Neubauten war es zwar schon zuvor möglich, die Mietpreise zu erhöhen, die Altbauten (solche vor 1948) unterlagen gleichwohl weiter der Mietpreisbindung.¹⁸ West-Berlin war somit ein sogenannter schwarzer Kreis, also eine Region, die nach dem 1960 in Kraft getretenen »Lücke-Plan« größtenteils der Mietpreisbindung unterlag.¹⁹ Dieser »schwarze Kreis« sollte durch das von Union und FDP initiierte und 1987 vom Bundestag beschlossene »Gesetz zur dauerhaften sozialen Verbesserung der Wohnungssituation im Land Berlin« bis 1994 schrittweise in einen »weißen Kreis« überführt werden.20 Drittens wurde nicht nur der Markt liberalisiert, sondern auch Sozialwohnungen privatisiert. Das hatte einen enormen Effekt, weil etwa 89 Prozent aller nach 1945 in West-Berlin gebauten Wohnungen direkt oder indirekt staatlich subventioniert waren. 21

Der erwähnte Bevölkerungsanstieg in West-Berlin resultierte aus dem zweiten großen Sorgenthema der Wähler: dem Zuzug von immer mehr Übersiedlern und Aussiedlern nach West-Berlin. Seit 1984 stieg, auch infolge der Deutschlandpolitik Kohls und Genschers, die »Mobilität von Ost nach West«.²² 1988 kamen circa 40.000 Menschen nach West-Berlin, davon 20.000 Aus- und Übersiedler (1987 waren es noch 9.068), 12.000 Bundes-

¹⁵ Vgl. Der Spiegel v. 17. 9. 1989: »Mieten: Urängste werden wach«.

¹⁶ Vgl. Der Spiegel v. 15. 3. 1987: »Wahnsinn im Milljöh«. Zur Wohnungspolitik des Berliner Senats seit dem Mauerbau vgl. Ribbe, Berlin, S. 158-160.

¹⁷ Vgl. Paffhausen, Fortschreibung, S. 91 f.

¹⁸ Vgl. Derleder, Regulierung, S. 7.

¹⁹ Vgl. dazu ausführlich Führer, Stadt, S. 47, 255-263.

²⁰ BGBl. I 1987, S. 1625-1628. Vgl. dazu auch Frerich/Frey, Handbuch, S. 374, sowie zur Wohnungspolitik der Regierung Kohl von 1982 bis 1989 Harlander, Wohnungspolitik.

²¹ Vgl. Führer, Stadt, S. 245, Anm. 31; Krätke/Borst, Berlin, S. 164-167.

²² Wirsching, Abschied, S. 605. Vgl. dazu nunmehr auch Heidemeyer, Flucht.

bürger sowie 8.500 aus dem sonstigen Ausland.²³ Die Zahl der anerkannten Asylbewerber lag in West-Berlin demgegenüber bei nur 4.000 Menschen; 2.500 weitere waren zwar ausreisepflichtig, durften aber aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden. Diese stammten trotz aller Propaganda der Republikaner größtenteils nicht aus Afrika oder arabischen Ländern, sondern aus Polen.²⁴ Die Situation am Wohnungsmarkt konnten sie aus einem anderen Grund kaum verschärfen: Anders als Aus- und Übersiedler hatten Asylbewerber keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Wohnung.²⁵

Der Berliner Senat mutete der schon länger in West-Berlin lebenden Bevölkerung also einiges zu, was zu »Neid und Mißgunst«²⁶ führte. Aussiedler wurden etwa in Wohnungen einquartiert, die als Umsetzwohnungen für Betroffene von Sanierungen gedacht waren. Neun von zehn Sozialwohnungen wurden in diesem Jahr an Aus- und Übersiedler vergeben.²⁷ Selbst besetzte Häuser wurden nun geräumt, um Heime für Übersiedler zu schaffen.²⁸ Die ohnehin schon vorhandene Wohnungsknappheit wurde dadurch noch verschärft. Die Alternative Liste (AL) forderte deshalb, die DDR als zweiten deutschen Staat anzuerkennen und damit die »privilegierte Zuwanderung« abzuschaffen.²⁹

Die Reputation der CDU im Bereich der Wohnungspolitik war darüber hinaus seit 1985 stark beschädigt, nachdem ein Korruptionsskandal rund um den CDU-Baustadtrat Wolfgang Antes den Senat erschüttert hatte.³⁰ Antes hatte, wie er später zugab, 300.000 DM an Bestechungsgeldern von Bauunternehmern angenommen; die Geldgeber nannten deutlich höhere Summen. Viele von ihnen galten als zwielichtige Gestalten, die der »Sanierungsmafia« und dem Rotlicht-Milieu zugerechnet wurden.³¹ Schnell machte das Schlagwort des »Berliner Sumpfs« die Runde und hob das Problem der Wohnungsnot auf eine neue Stufe.³² Das Vertrauen der Bürger in den Senat,

- 23 Vgl. taz v. 11.11.1988: »Kein Fluchtpunkt Zehlendorf« (HMT); taz v. 24.12.1988: »Wird das nächste Jahr wie dieses, wird es auch ein mieses!« (BF); taz v. 6.1.1989: »Erfolgsbilanz mit Dellen« (DIBA).
- 24 Vgl. Kimmel, West-Berlin, S. 198.
- 25 Vgl. dazu ausführlich Herbert/Hunn, Beschäftigung, S. 645 f.; Rüfner/Goschler, Ausgleich, S. 607 f.
- 26 Der Spiegel v. 12. 11. 1989: »Neid und Mißgunst«.
- Vgl. taz v. 30.7.1988: »Akuter Wohnungsnotstand« (Eva Schweitzer); BArch, B 106/120435, Gibowski, Wolfgang G.: Die Sympathisanten der REPUBLIKANER – politische, gesellschaftliche und regionale Strukturen, Bericht der Forschungsgruppe Wahlen, 21. 2. 1989.
- 28 Vgl. taz v. 15. 10. 1988: »Räumung wegen Aussiedler-Wohnheim?« (Eberhard Seidel-Pielen).
- 29 Kimmel, West-Berlin, S. 199.
- 30 Vgl. dazu ausführlich Rott, Insel, S. 377-384.
- 31 Ebd., S. 378.
- 32 Sontheimer/Vorfelder, Antes.

die Probleme auf dem Immobilien- und Wohnungsmarkt lösen zu können, war 1989 folglich gering, weshalb es den Republikanern entsprechend leichtfiel, die CDU auch auf moralischer Ebene zu attackieren.

Nicht nur auf dem Wohnungsmarkt, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt sorgte starke Zuwanderung für Probleme. Die Arbeitslosenquote, die in West-Berlin ohnehin überdurchschnittlich hoch war, stieg 1988 von 10,5 auf 10,8 Prozent, was hauptsächlich auf die Aus- und Übersiedler zurückzuführen war. Ohne diese wäre die Quote leicht zurückgegangen.³³ Aus- und Übersiedler stellten Anfang 1990 bundesweit 12,9 Prozent aller Arbeitslosen, was den Sozialstaat zusätzlich strapazierte, weil sie Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung hatten.³⁴ Der ohnehin gesättigte Arbeitsmarkt wurde somit noch stärker belastet.

Die Bevölkerung sah sich im Vorfeld der Landtagswahl somit einer zunehmenden Konkurrenz durch die anfangs als überdurchschnittlich engagiert und motiviert angesehenen Übersiedler aus der DDR ausgesetzt, während gleichzeitig eine Gerechtigkeits- und teilweise auch Neiddebatte einsetzte, die sich um die Sozialleistungen der Einwanderer drehte. Für die Republikaner waren das ideale Ausgangsbedingungen, gab es doch im bestehenden Parteiensystem keine Alternative mit Aussicht auf Erfolg, die sich dieser Themen angenommen hätte. Insbesondere gab es keine Partei rechts von der Union, da die NPD aufgrund des Viermächtestatuts in Berlin de facto verboten war.³⁵ Die Republikaner konnten damit den sozialen Sprengstoff der aufgeworfenen Probleme gezielt für sich nutzen und gegen die sogenannten Altparteien in Stellung bringen. Allein der Funke fehlte noch, der die Lunte entzündete.

4.1.2 Der Wahlkampf: Zwischen Langeweile und rassistischer Hetze

Dem langweiligen Wahlkampf bereiteten die Republikaner schlagartig ein Ende. Ihnen war schon früh bewusst, welches Potential ihnen der West-Berliner Boden bot. Im September 1988 hatten sie die inhaltlichen Schwerpunkte ihres Wahlkampfs festgezurrt. Ihr Wahlprogramm begann mit den Worten:

»Berlinerinnen und Berliner! Terror von extremistischen Gewalttätern als Ausdruck der Auflösung jeglicher Wertevorstellungen, zunehmende

³³ Vgl. taz v. 6. 1. 1989: »Erfolgsbilanz mit Dellen« (DIBA).

³⁴ Vgl. Frerich/Frey, Handbuch, S. 321.

³⁵ Vgl. dazu ausführlich Laue, NPD.